

gruene-hameln-pyrmont.de
OV Salzhemmendorf-Coppenbrügge



Wahlprogramm **Coppenbrügge**

Klima-, Tier- und Umweltschutz, Gleichstellung, Teilhabe, Kultur ...
Bereiche, die wir positiv gestalten wollen.

Veränderung beginnt hier.

Veränderung beginnt hier.

Vor Ort.

Liebe Wähler*innen,

wir Copenbrügger Grünen wollen uns **für Klimaschutz, gegen Umweltzerstörung und für ein soziales, fürsorgliches Miteinander** einsetzen. Dafür, dass Menschen aller Generationen und unterschiedlicher Herkunft hier in Copenbrügge gerne zusammenleben und ihr Umfeld genießen können.

Aus diesem Grund ist es uns besonders wichtig, dazu beizutragen, den Klimawandel soweit wie möglich abzumildern. Denn auch wenn wir im Gegensatz zu anderen Teilen Deutschlands dieses Jahr bisher von Trockenperioden und Extremwetterereignissen verschont geblieben sind, kann sich das leider schnell ändern und der Klimawandel wird auch hier direkt erlebbare, starke Konsequenzen haben. **Es ist für uns und die nachfolgenden Generationen überlebenswichtig, dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und die öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt schwächen.**



In Coppenbrügge.

Im Folgenden haben wir in diesem Sinne **einige Punkte zusammengetragen, für die wir uns einsetzen wollen**. Im Laufe der Zeit werden natürlich weitere hinzukommen und für **Fragen und Anregungen von Ihnen oder gar tatkräftige Unterstützung bei einzelnen Projekten sind wir dankbar**.

› Tatkräftig für Klima-, Tier- und Umweltschutz vor Ort!

Um den Klimawandel und seine Folgen abzumildern, müssen wir lernen, möglichst wenig natürliche Ressourcen zu verbrauchen oder zu schädigen und die Artenvielfalt zu erhalten.

Es tut z. B. gut in Kreisläufen zu denken, Dinge länger und langlebiger zu nutzen und wiederzuverwerten, weniger Müll und Gift zu produzieren und Energien sinnvoll einzusparen. Der Wald und selbst einzelne Bäume sind ein sehr wichtiger Schutz gegen Hitze, Überschwemmung und Trockenheit. Auch der Biotopschutz von natürlichen Gewässern und Feldrandhecken bzw. deren Wiederherstellung kann in dieser Hinsicht helfen. Bäume sind außerdem unsere weitaus beste Option, um Treibhausgase wieder aus der Atmosphäre zu entfernen. Zusätzlich erhöhen sie die Regenmengen und kühlen das lokale Klima stark herab.

Deshalb wollen wir...

...Schutzmaßnahmen für den Gemeindewald dadurch,...

- dass die Hälfte des Waldes sich selbst überlassen wird, sodass keine weiteren forstwirtschaftlichen Schädigungen stattfinden und der Wald sich wieder regenerieren kann
- dass in der anderen Hälfte ein widerstandsfähigerer Dauerwald mit Bäumen aller Altersgruppen etabliert wird, in dem ein schonender Holzeinschlag stattfindet: möglichst ohne Bodenverdichtungen (die unter anderem die Wasserspeicherfähigkeit



des Waldes auf Dauer massiv beeinträchtigen und zu klimaschädlichen Methangasbildungen führen) und ohne vermeidbare Schädigungen der umstehenden Bäume

- und die wenigen Laubbäume, die über 130 Jahre alt sind, sollen aus ökologischen Gründen (Artenschutz, CO₂-Bindung etc.) erhalten bleiben

...eine insektenfreundliche Umwelt mit...

- vielfältig angelegten Blühstreifen
- einem artenreichen Straßenbegleitgrün
- nachhaltigen Mähkonzepten, durch die z. B. nur ein- bis zweimal im Jahr und für Lebensraumausweichmöglichkeiten in kleineren Etappen gemäht wird. Außerdem sollten dafür insektenschonendere Maschinen (z. B. Balkenmäher) eingesetzt und das Mähgut 2-3 Tage liegen gelassen werden, damit sich die Pflanzen dadurch besser aussamen und die Insekten, vor der Mähgut-“entsorgung“ in andere Flächen ausweichen können.

...sauberes Grundwasser und frei fließende Bäche

mit einer ökologischen Vielfalt an Wasserpflanzen und Fischen (was laut den Wasserrahmenrichtlinien der EU bis spätestens 2027 auch in Niedersachsen erreicht werden sollte, wovon wir aber noch weit entfernt sind)

- Die Widerstandsfähigkeit unserer Gewässer gegen Temperaturerhöhungen und Extremwetterereignisse wie Trockenphasen und Hochwässer müssen schnellstmöglich durch die Wiederherstellung von naturnahen Bachverläufen mit breiten, natürlichen Randstreifen verbessert werden

...die tierquälerische „Fleischproduktion“ in der Massentierhaltung reduzieren.

Fleisch wird unter einem extrem hohen Energie- und Wasserverbrauch erzeugt. Es werden gigantische Mengen an klimaschädlichen Methangasen in die Atmosphäre freigesetzt, Antibiotikaresistenzen verstärkt, Krankheitskeime verbreitet und zusätzlich das Umfeld mit unangenehmen Gerüchen belastet. Viele Menschen wollen aus solchen Gründen und zum Wohl der Tiere inzwischen weniger Fleisch essen oder vegetarisch oder vegan leben,

deshalb...

- sollen auf öffentlichen Veranstaltungen wie dem Fleckenfest auch vegane und vegetarische Nahrungsmittel angeboten werden
- lehnen wir die Hähnchenmastanlage in Bäntorf ab.





Für einen effektiven Klimaschutz muss dringend dafür gesorgt werden, dass **Energien eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien auf intelligente Weise ausgebaut** werden. Da auch erneuerbare Energien ihren ökologischen und sozialen Preis haben und die Ausbaumöglichkeiten begrenzt sind, kommt es in **erster Linie** darauf an, **Energien einzusparen**.

Dafür wollen wir unter anderen...

- die öffentlichen Einrichtungen auf Sparpotenziale ausloten und entsprechende Möglichkeiten anregen
- Alternativen zu Verpackungsmüll sowie den Einsatz von umweltverträglichen, langlebigen und reparierbaren Produkten in der Kommune fördern
- Vorträge, Workshops und Informationen für Copenbrügger*innen anbieten, damit der individuelle Beitrag zum Klimaschutz leichter umgesetzt werden kann
- eine klimaschonende Verkehrswende fordern, mit...
 - dem bedarfsgerechten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
 - einer Ausweitung des GVH-Bereichs nach Copenbrügge
 - der Umsetzung des bereits vorhandenen Radwegekonzepts des Landkreises, damit unter anderem auch sicherer mit dem Fahrrad nach Hameln gefahren werden kann.

Bei dem **Ausbau alternativer Energien** wollen wir darauf achten, dass...

- die Interessen der Anwohner*innen berücksichtigt werden
- andere natürliche Ressourcen dabei bestmöglich vor Schädigungen geschützt werden, indem z. B. Windkraftanlagen im Wald abgelehnt werden
- versucht wird, Energiegenossenschaften weiter aufzubauen, bei denen die Energieerzeugung in lokaler Hand liegt. Dadurch können wir selbstbestimmter damit umgehen und dem Ausverkauf an ferne Investoren, die ihre eigenen Interessen im Vordergrund sehen, vorbeugen
- neueste wissenschaftliche Erkenntnisse bei Bau und Nutzung von Alternativenergien einfließen, mögliche Fördermittel eruiert und in Anspruch genommen werden (was auch für Energieeinsparmaßnahmen gilt).

Um klima- und umweltschonendere Lebensweisen verwirklichen zu können, bedarf es in der Gemeinde einer entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung, klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, für die wir uns einsetzen wollen. Auch den Dialog mit der Land- und Forstwirtschaft wollen wir anregen und ausbauen. Denn nur **gemeinsam** können unsere natürlichen Lebensgrundlagen gesichert werden.



Unsere Dörfer: zukunftsfähig und sozial gestalten!

Für ein gutes gemeinschaftliches Zusammenleben begleiten wir aktiv den Dorfentwicklungsprozess und teilen die Erfahrungen mit den Ortsteilen, die nicht beteiligt werden, damit alle davon profitieren können.

Wir wollen...

- durch die **Förderung gemeinschaftlicher Aktivitäten** den Zusammenhalt in den Dörfern stärken, indem wir...
 - „Jung trifft Alt und Mix“-Angebote initiieren, bei denen Wissen und Erfahrungen wechselseitig ausgetauscht werden können, z. B. im Rahmen eines Reparatur-Cafés und seniorengerechter Medieneinführungen
 - barrierefreies Leben und Zusammenkommen unterstützen

...die **Beteiligungsmöglichkeiten der Coppenbrügger*innen ausbauen** und in der Kommunalarbeit **mehr Transparenz** schaffen, z. B. indem...

- der gleichberechtigte Aufstieg von Frauen in politische Gremien und Führungspositionen auf kommunaler Ebene gefördert wird
- die Internetseite von Coppenbrügge verbessert wird und aktuelle Termine unter „aktuelles“ regelmäßig aufgeführt werden
- das Ratsinformationssystem übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet wird
- Informationen und Termine, die für die Bürger*innen relevant sind, in den Orten auffällig und an stark frequentierten Stellen ausgehängt werden
- zu bestimmten Themen bei Live-Veranstaltungen auch Online-Teilnahmemöglichkeiten geschaffen werden, damit mehr Bürger*innen an Diskussions- und Entwicklungsprozessen beteiligt werden können

- eine Willkommenskultur für neu Zugezogene etabliert wird, in der ein offizielles Begrüßungstreffen stattfindet sowie die Übergabe eines Begrüßungspakets mit örtlichen Informationen über Angebote, Aktivitäten und Möglichkeiten des Engagements in der Gemeinde

...eine bessere, bürgernahe Politik mit der **Stärkung der Ortsräte** durch...

- keine weiteren Zusammenlegungen von Ortsratssitzungen mit Ausschusssitzungen, um den Ortsräten somit mehr Zeit zu verschaffen, die sie für eine qualitativ und inhaltlich gute Zusammenarbeit benötigen

...die **Probleme und Zukunftsängste der Jugend ernst nehmen** dadurch, dass wir...

- uns für den Erhalt ihrer zukünftigen Lebensgrundlagen einsetzen, indem wir die natürlichen Ressourcen für sie bewahren helfen
- die politische **Jugendbeteiligung** fördern durch die Durchführung von Jugend-Angeboten wie dem Planspiel „Pimp your town“, wodurch junge Menschen die Möglichkeit haben, demokratische Prozesse in der Kommune spielerisch kennenzulernen
- und durch die Reaktivierung des Jugendparlaments ihre Zukunft im politischen Bereich auch mitgestalten können.





Wir wollen...

...die Betreuungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen (0-99+) nach Bedarf fördern und den weiteren Erhalt der im Ort angesiedelten Schulen unterstützen

...den Weg frei machen für **neue Wohn-, Bau- und Sanierungskonzepte** indem wir...

- die Ortskerne lebendig erhalten
- bei allen (Bau-)Maßnahmen die zunehmenden Extremwetterereignisse berücksichtigen unter anderem dadurch, dass wir der weiteren Flächenversiegelung durch neue Baugebiete entgegenwirken (denn ein effektiver Hochwasserschutz benötigt großflächige Versickerungsflächen, weshalb weitere Bodenversiegelungen möglichst vermieden werden sollten)
- die Umnutzung leer stehender Gebäude z. B. für ein Mehrgenerationen- oder Dorfmittelpunkthaus unterstützen sowie die Verbreitung von Tiny Houses
- dafür die Programme der Klimaschutzagentur Weserbergland und andere Fördermaßnahmen aktiv nutzen



...und eine **humane Digitalisierung** anregen, denn...

Digitalisierung hat viele Vorteile, wie z. B. vielfältige Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten, leichtere Kontaktpflege, häufigerer Wegfall von klimaschädlichen Geschäftsreisen und bessere Homeofficemöglichkeiten.

Deshalb setzen wir uns **für...**

- eine umweltschonend durchgeführte Glasfaseranbindung
- und auch digitale Angebote der Kommune ein.

Digitalisierung hat jedoch auch viele Nachteile, wie z. B. Datenmissbrauch, Arbeitsplatzverluste, Suchtentwicklungen und die leichtere Verbreitung von Fake News. Außerdem verbraucht sie extrem viel Energie, was wiederum das Klima schädigt.

Deshalb setzen wir uns **auch dafür** ein, **dass...**

- Informationen bekannter werden, wie das Internet mit weniger Energieaufwand genutzt werden kann
- Informationsveranstaltungen für Eltern und andere Interessierte zur Medienkompetenzförderung stattfinden
- Menschen, die an der digitalen Welt nicht bzw. weniger teilnehmen können oder wollen, trotzdem bei Informationen, Angeboten, Diskussionen und Entscheidungen innerhalb der Kommune voll integriert sind
- und neben digitalen Angeboten auch weiterhin alle behördlichen und anderweitigen Angelegenheiten mit den Mitarbeiter*innen der Kommune vor Ort im direkten Kontakt persönlich geklärt werden können.



Besonders wichtig ist es uns, eine zukunftsfähige, soziale und umweltfreundliche Wirtschaft in unserer Gemeinde voranzubringen durch...

- die Förderung der Neuansiedlung von umweltschonendem und klimaneutralem Gewerbe und Energiegenossenschaften
- die Ausweitung der Möglichkeit, regionale und unverpackte Produkte kaufen zu können
- eine umweltschonend durchgeführte Glasfaseranbindung, um bei Bedarf Homeoffice zu erleichtern
- das Thematisieren und sich Auseinandersetzen mit den Auswirkungen internationaler Handelsabkommen (wie CETA)* auf die Kommunen

* eine vertiefende Erklärung befindet sich im Anhang

- die Forderung, dass öffentliches Eigentum (wie Wasserwerke und unser Wald) nicht ausverkauft und privatisiert wird

und um die Region für den sanften Tourismus attraktiv zu machen...

- den Erhalt der charakteristischen Naturlandschaften, den Ausbau von Landschaftsschutzbereichen und die nachhaltige Pflege von Radwegen und Wanderstrecken wie dem Bergmannsweg
- das Anbieten ökologischer und erlebnispädagogischer Wanderungen in der Natur.

Bergmannsweg 2020: So besser nicht!



Gemeinsam sind wir stark!

Wir wollen im Angesicht der zukünftigen Herausforderungen nicht nur den Zusammenhalt innerhalb von Copenbrügge stärken, sondern **auch die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Salzhemmendorf fördern.**

Wir wollen...

...gemeinsam **ressourcenschonende Strategien für den Klimaschutz** entwickeln und umsetzen durch...

- Informations- und Erfahrungsaustausch, auch bzgl. des Zustandes und der Einsparpotenziale öffentlicher Einrichtungen sowie die gegenseitig Unterstützung bei der Umsetzung
- die gemeinsame Anschaffung notwendiger kostenintensiver (in Euro oder für die Umwelt) Arbeitsdinge und Hilfsmittel, die von den einzelnen Gemeinden wenig genutzt werden und sinnvoll untereinander ausgetauscht werden können
- gegenseitige Unterstützung bei Förderanträgen
- die Durchführung gemeinsamer Energiesparveranstaltungen

...eine **gemeinsame Stelle für Gleichstellung schaffen**, auf die die einzelnen Gemeinden aufgrund ihrer relativ geringen Einwohner*innenzahl ansonsten keinen Anspruch haben

- als Ansprechpartnerin für die Sorgen und Nöte von Bürger*innen
- die sich unter anderem darum kümmert, dass Frauen bei Einstellungen und Beförderungen nicht benachteiligt werden

...gemeinsam den **Bahnausbau begleiten** und dabei...

- die Interessen der Anwohner*innen einbeziehen (wie z. B. Lärmschutz)
- ökologische Aspekte beachten (wie die Einhaltung des Baumschutzes bei den Baumaßnahmen)

...die **Schadstoffdeponie am Ith** verhindern, denn...

- der Steinbruch, in dem die Deponie entstehen soll, liegt mitten im Landschaftsschutzgebiet, umgeben von einem europäischen Flora- und Fauna-Habitat-Gebiet und mehreren Trinkwasserschutzgebieten und gefährdet diese Bereiche massiv
- bei der Art der geplanten Deponie wäre unter anderem auch die offene Lagerung von gering radioaktiven Abfällen aus dem AKW Grohnde möglich
- der Transport der Deponieabfälle durch Lkws würde durch das erhöhte Verkehrsaufkommen über Jahre den Straßenlärm in den umliegenden Dörfern erhöhen, die Straßen schädigen und hohe, teils gering radioaktive Staubentwicklungen zur Folge haben
- das Umfeld und die Sicherheit der Bürger*innen sind gefährdet.

Die Pläne im **Steinbruch Voska** wieder und in einem viel größeren Ausmaß abzubauen, lehnen wir ebenfalls ab, da...

- dies für die Menschen im Umfeld und das angrenzende Landschaftsschutzgebiet eine große Belastung darstellt: Unter anderem entstünden dadurch große, sich weit verteilende Staubwolken sowie eine heftige, weil hallende Lärmbelästigung durch das Steinebrechen. Außerdem sollen fast jeden Tag noch bis zu 350 zusätzliche Lkws für den Abtransport durch die umliegenden Ortschaften fahren. Die erhöhten Straßenbaukosten gingen zulasten der Kommune.

Außerdem wollen wir die Chance ergreifen...

- ...gemeinsame Kulturaktivitäten zu fördern, wie einen gemeindeübergreifenden „Tag des offenen Ateliers“ oder „der offenen Kunsthandwerkstatt“
- sowie einen gemeinsamen Kulturkalender mit allen Veranstaltungen und kulturellen Angebote der Gemeinden.

Liebe Wähler*innen,

wenn Sie diese Ziele im Großen und Ganzen befürworten und Aktivitäten in diese Richtung unterstützen wollen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns für die Entscheidungsgremien hier vor Ort Ihre Stimme geben!

Damit wir uns für ein schönes, soziales und im positiven Sinne zukunftsfähiges Leben in Copenbrügge erfolgreich engagieren können!

Und wenn Sie dabei noch aktiver mitmachen wollen, Fragen oder Anregungen an uns haben, sind Sie herzlich eingeladen Kontakt zu uns aufzunehmen, unter

Telefon: 0160 257 2214

fraktion@gruene-coppenbruegge.de



*Anhang für Interessierte

Was haben Handelsabkommen mit uns zu tun? Und mit unserem kommunalen Umfeld?

Handelsabkommen sind für viele von uns eine abstrakte Sache, die gefühlt wenig mit unserem Alltag und unserem Lebensumfeld zu tun haben. Das Thema wirkt kompliziert und fern. Und es wird allgemein gehofft, dass die EU-Kommission und das Bundesparlament da schon etwas Gutes für uns aushandeln werden. Das hat ja früher auch funktioniert...

Doch was nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Gründung der EU von vielen als **Mittel zum Zweck** gedacht war, wo ein **florierender Handel und eine starke Wirtschaft** dafür sorgen sollten, dass es den **europäischen Bürgern gut geht und leichter ein soziales, demokratisches Miteinander** gelebt werden kann, ist inzwischen immer **mehr zum Selbstzweck geworden**. Immer weniger Bürger profitieren davon. Es gibt mehrere Studien die belegen, dass viele internationale Handelsverträge ihre allgemeinen Wohlstands-Versprechen nicht einhalten und stattdessen die Kluft zwischen arm und reich verstärken.

Außerdem gibt es zunehmende Bestrebungen, mit Hilfe solcher Abkommen möglichst **alle Handelshemmnisse zu beseitigen** (auch gern „liberalisieren“, also befreien genannt). Die **größten Handelshemmnisse aus Sicht der internationalen Konzerne** sind jedoch **unsere mühsam errungenen demokratischen Rechte und Gesetze für sämtliche Bereiche unseres Lebens**, wie zum Beispiel Verbraucher-, Arbeitnehmer-, Tier- und Umweltschutz. Es betrifft auch unsere Ernährung, wo unter anderem weniger Schutz vor gefährlichen Pestizidrückständen, gentechnisch veränderten Produkten und schädlichen Lebensmittelzusätzen bestehen soll.

Internationale Handelsabkommen sind **EU- und völkerrechtlich verbindlich** und **stehen somit über unseren eigenen Gesetzen und unserer Verfassung**. **Handelsabkommen haben Vorteile für uns, aber nicht, wenn** sie dazu genutzt werden können...

- unsere demokratischen Mitbestimmungsrechte für ein gutes, gesundes Leben abzubauen,
- zukünftige Umwelt- und Klimaschutzgesetze zu vereiteln,
- förderliche Subventionen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu verhindern
- und die Verschuldung und den Privatisierungsdruck auf die Länder und Kommunen erhöhen...

Wie ist das möglich?

Was voraussichtlich demnächst (sehr verstärkt) passieren wird, wenn wir diesen (UN-)Freihandel nicht unterbinden, möchte ich im Folgenden kurz anhand einiger Fallstricke von **CETA** (dem *Comprehensive Economic and Trade Agreement*) erklären. CETA ist ein für unsere demokratische Selbstbestimmung in den Ländern und Kommunen besonders problematisches, „umfassendes“ Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada.

Konzerne sollen durch Wirtschaftsabkommen wie CETA das Recht bekommen, die Länder der Handelspartner (z.B. Deutschland) auf **Schadenersatz** verklagen zu können, wenn sie sich bei künftigen Geschäften durch deren Gesetze **geschädigt oder unfair behandelt** fühlen. Unfair im Sinne von CETA kann es bereits sein, wenn sich bei uns Gesetze verändern (z. B. durch Mindestloohnerhöhungen oder das Verbot von Kohleabbau) und dadurch kanadische Unternehmen hier weniger Profit machen. Sie können dann fordern, dass das Gesetz zurückgenommen wird oder das ihnen **auch hypothetisch entgangene, zukünftige Gewinne weitgehend ersetzt** werden.

Ohne jemals ernsthaft bei uns investieren zu müssen (es reicht z. B. eine Fracking-Genehmigung), bekommen dann internationale Investoren das **Privileg** auf sogenannte **Investor-Staats-Klagen** (ISDS bzw. ICS), vor einem **internationalen Schiedsgericht**. Das Schiedsgericht urteilt dann bzgl.

der finanziellen Schadensersatzforderungen einzig und allein nach den (sehr schwammig und löchrig formulierten) Handelsvereinbarungen. **Unsere eigenen demokratischen Rechte und Gesetze sind dort zu unserer Verteidigung gleichgültig und wir selbst können dort nicht klagen, wenn unsere Gesetze verletzt werden.**

Abkommen mit Konzernklagesonderrechten gibt es in der Welt schon seit Jahrzehnten. Es gab deshalb schon **viele Klagen gegen Länder mit ähnlichen Verträgen, weil sie z. B. Fracking, Tierquälerei und Umweltgifte bei sich verboten** hatten oder nicht wollten, dass bei ihnen aus Profitgier in Naturschutzgebieten Berge in die Luft gesprengt werden... und **auch Deutschland** wurde bereits verklagt. Am bekanntesten ist die Klage des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall aufgrund des Atomausstiegs. Das Unternehmen hatte aufgrund eines internationalen **Energiecharta-Handelsvertrags** vor einem internationalen Schiedsgericht nicht nur die laut unserem Grundgesetz übliche Abfindung von einigen Millionen eingefordert, sondern zusätzlich eine Entschädigung für entgangene zukünftige Gewinne in Höhe von mehreren Milliarden Euro. In einem außergerichtlichen Vergleich wurde dem Unternehmen vor kurzem 1,4 Milliarden Euro gezahlt. Aktuell klagen die deutschen Unternehmen RWE und Uniper gegen Dänemark wegen dem Kohleausstieg.

Die Klagen berühren letztendlich **fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens** und sind oft in Milliardenhöhe, wobei **auch kleinere Beträge in der Summe der zu erwartenden Klagen katastrophale Auswirkungen** haben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bisher bis auf wenige Ausnahmen davon verschont geblieben, doch mit CETA erwartet uns ähnliches, denn wenn internationale Investoren durch CETA viel Geld von uns einfordern können, dann können wir davon ausgehen, dass sie es auch tun.

Das CETA dazu einlädt, liegt daran, dass es, im Gegensatz zu den meisten vorherigen Verträgen, die mit ärmeren Ländern abgeschlossen wurden, ein Vertrag mit einem ebenfalls reichen Industrieland ist. Die kapitalstarken Investoren von dort hatten und haben einen großen Einfluss auf den Vertrag sowie die finanziellen Möglichkeiten, in einem größeren Ausmaß in Europa zu investieren. Außerdem ist CETA besonders **komplex** und an vielen Stellen in den weit über 1000 Seiten so **unklar** und teilweise widersprüchlich formuliert, dass das Abkommen **extrem viele Klagemöglichkeiten in fast sämtlichen Bereichen unseres Lebens** ermöglicht.

Wodurch ist CETA komplexer und unsicherer als die bisherigen Verträge?

Vor allem durch den sogenannten **Negativlistenansatz**, durch den nicht wie sonst üblich (im sogenannten Positivlistenansatz) nur das **liberalisiert** wird, was im Vertrag konkret aufgelistet ist. Stattdessen kann **alles** was nicht im Vertrag zu 100% und eindeutig von der Liberalisierung ausgeschlossen ist, zu Klagen führen. Und sicher ausgeschlossen ist wenig. Dadurch sind die **Klagemöglichkeiten** in vielerlei Hinsicht **unbegrenzt** und werden **in der Zukunft** sogar erweitert, **für Dinge die erst später erfunden, entwickelt oder angeboten** werden und die deshalb jetzt im Vertrag nicht ausgeschlossen sind, auch wenn wir sie dann nicht haben wollen.

Hinzu kommt, dass bei Klagen die Begrifflichkeiten und Formulierungen eine zentrale Rolle spielen und es **sehr schwierig ist, etwas begrifflich klar zu fassen und somit weitgehend zu schützen**. Allein der **Begriff „Daseinsvorsorge“**, der in Deutschland weit verbreitet ist oder die in Europa üblichere Formulierung „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ wird sehr unterschiedlich verstanden und definiert. Schon innerhalb von Deutschland, wo vielerorts nicht nur das, was in Stadtwerken erbracht wird, darunter verstanden wird, sondern auch Bildung, Gesundheit, Soziales und sogar Kultur. Ein so breit gefächertes Daseinsvorsorgeverständnis hat innerhalb von Europa sonst nur noch Österreich. In Spanien und Portugal zum Beispiel zählen zu den Daseinsvorsorgedienstleistungen im Grunde nur noch öffentliche Wasser- und Verkehrsbetriebe. Und in Kanada ist das nochmal anders...

Da diese Definitionsprobleme in anderen Bereichen ähnlich sind, ist letztlich kaum etwas von der Liberalisierung ausgeschlossen. Und **selbst bei den ausgenommenen Bereichen kann noch auf „faire und gerechte Behandlung“ und gegen „Enteignung“ geklagt werden.**

CETA ist außerdem ein sogenannter **„lebender“ Vertrag**: Eine wichtige Rolle für die Klagemöglichkeiten spielen auch die sogenannten „gemischten Ausschüsse“, die die **Begrifflichkeiten im Vertrag im Laufe der Zeit neu definieren und erweitern** können. In ihnen sitzen kanadische und europäische Beamte (und Berater aus der Wirtschaft). Sie dürfen auch die Richter für die Schiedsgerichte bestimmen. Unsere gewählten Parlamente sind da außen vor.

Und wenn es in zukünftigen Handelsverträgen, wie es zum Beispiel in dem geplanten Handelsvertrag TiSA mit über 20 Ländern der Fall sein soll, eine sogenannte **„Meistbegünstigungsklausel“** gibt, haben die Investoren dieser Länder dadurch ebenfalls das Recht, die CETA - Regelungen bei uns für sich in Anspruch zu nehmen. Dadurch bleibt **CETA nicht nur auf kanadische Investoren beschränkt.**

Gibt es noch weitere Auswirkungen auf die Länder und Kommunen?

Es ist auch schwieriger, sich gegen importierte schädliche Produkte (z. B. die Einfuhr von giftigen Substanzen) oder Angebote zu wehren, da **unser Vorsorgeprinzip nicht zählt**. Es darf also nicht prophylaktisch bei Verdacht etwas verboten werden, sondern erst, wenn die Schädlichkeit eindeutig erwiesen ist. So könnte z. B. unsere Trinkwasserqualität schon stark geschädigt sein, bevor wir den weiteren Einsatz eines giftigen Importproduktes verhindern können.

Auch die **Angebote unserer öffentlichen Daseinsvorsorge sind gefährdet**, da **nur der Status quo unserer Kommunen in CETA einigermaßen geschützt** ist, aber **nicht die Bereiche, wo sich etwas weiterentwickelt oder verändert**. Das ist aber allein durch die zunehmende Digitalisierung in vielen Bereichen der öffentlichen Dienstleistungsangebote der Fall. Hinzu kommt das starke Interesse großer Digitalisierungsanbieter wie z. B. Google, durch Internetplattformen eine Art bestimmende Vermittlerrolle z.B. zwischen Energie-, Verkehrs- und Tourismusangeboten und dem Endkunden (also uns Bürger*innen) einzunehmen. Dadurch können sie die Verbindung zwischen Angebot und Kunde steuern und öffentliche Einrichtungen vom Markt verdrängen. **Der Digitalisierungsbereich ist in CETA in keinster Weise geschützt.**

Die interkommunale Zusammenarbeit (unter anderem bei der Entwässerung von Flusssystemen, sozialen Diensten und Verkehr), kann durch CETA ebenfalls angegriffen werden sowie alle gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, die nicht in rein öffentlicher Hand sind, sondern in Kooperation mit Privatunternehmen, da auch nur rein öffentliche Angebote relativ geschützt sind.

Durch CETA müssen außerdem **öffentliche Aufträge für Waren und Dienstleistungen aller Art ab einer relativ geringen Summe transatlantisch ausgeschrieben** werden und das billigste Angebot gewinnt. Soziale und ökologische Aspekte können kaum noch berücksichtigt werden. Selbst **Subventionen** von öffentlich geförderten Unternehmen (wie z. B. städtische Krankenhäuser, Volkshochschulen, Theater, Universitäten oder im Bereich der alternativen Energie) werden als **„unberechtigter Bevorzugung“** betrachtet und können erfolgreiche Klagen gegen unseren Staat zur Folge haben.

Und die gigantischen Kosten, die durch die Entschädigung der erfolgreich klagenden Investoren voraussichtlich auf unsere Gesellschaft zukommen, haben Folgen für uns alle. Der **Privatisierungsdruck auf die Bundesländer und Kommunen** (der durch bestimmte Vertragsklauseln in dem Abkommen noch verstärkt wird), nimmt weiter zu. Einige Länder und Kommunen sind zwar jetzt schon „pleite“ und unser Staat ist mit mehreren Billionen verschuldet – doch da die Kommunen noch viel „Tafelsilber“ haben, geht es uns zur Zeit noch relativ gut. Das „Tafelsilber“ besteht aus Wald, Land, Gebäuden, Wasserwerken, Krankenhäusern, Bildungsstätten, Energieversorgungseinrichtungen, Verkehrsnetzen und anderen **Dingen, die für unser Leben wichtig sind**. Wenn die **Verschuldung zunimmt**, muss immer **mehr davon verkauft** werden, was

für internationale Investoren lukrative Geldanlagemöglichkeiten bietet. Und wir müssen die Nutzung teuer bezahlen:

z. B. in Form von schlechteren Arbeitsplatzbedingungen, stark erhöhten Kosten für Wasser, Energie und Straßennutzung sowie immer mehr Autonomieverlusten und schlechterer Lebensqualität. Geld für Gesundheit, Umwelt und Soziales steht dann immer weniger zur Verfügung.

Wenn etwas Privatisiertes zurückgenommen werden soll (so haben Kommunen in der Vergangenheit z. B. schlechte Erfahrungen mit der Privatisierung von Wasserwerken gemacht und diese dann zurückgekauft), so ist das durch eine sogenannte „**Stillstands- und Sperrklinkenklausel**“ in CETA kaum noch möglich und wenn doch, nur mit sehr hohen finanziellen Kosten. Denn mehr Liberalisierung geht immer, weniger ist nicht erlaubt.

An dieser Stelle sei nur noch auf die bereits erwähnte Rechtsunsicherheit im Umgang mit CETA verwiesen. Es gibt kaum Menschen in Deutschland, die sich mit CETA auskennen und die Kommunalen Mitarbeiter müssen im Rahmen der Daseinsvorsorge auch viele andere rechtliche Rahmenbedingungen (wie z.B. das EU- oder Länderrecht) beachten, wodurch sich jetzt schon viele überfordert fühlen. Aus dieser Unsicherheit heraus wird oft mehr liberalisiert und privatisiert, als notwendig.

Und dann gibt es ja auch das „vorläufige“ und das „ratifizierte“ CETA...

Bisher ist nur ein „**vorläufiges**“ CETA durch das EU-Parlament 2017 in Kraft getreten, also ohne Klagerecht der Investoren vor einem internationalen Schiedsgericht. Auch das hat jetzt schon viele Nachteile für uns und behindert unter anderem einen effektiven Klimaschutz (z. B. durch einen Investitions- und Patentschutz für bestehende Investitionen im Bereich der fossilen Energiegewinnung; EU-Nullzölle auf den Import extrem umweltfeindlich gewonnener kanadischer Schweröle aus Teersanden oder der Möglichkeit für Anbieter fossiler Energien, dass sie die gleichen Subventionen einfordern können, wie sie Anbieter von umweltschonenderen Alternativenergien bekommen und vielem mehr...).

Damit CETA „**endgültig**“ und mit **Konzernklagesonderrecht** vor einem rein vertragsorientiertem und wirtschaftsfreundlichem, internationalen Schiedsgericht bleiben kann, muss es von den einzelnen EU-Ländern genehmigt (also ratifiziert) werden. Dann gilt CETA als „Dammbrecher“ für alle folgenden Verträge dieser Art. Ein EU-Austritt ist faktisch kaum noch möglich, da das nur mit dem Einverständnis der anderen EU-Länder geht. Deutschland könnte allerdings auch alleine austreten, wäre dann aber wie die gesamte EU an die **Austrittsklauseln** gebunden, was unter anderem bedeutet, dass wir noch **20 (!) weitere Jahre auf die Vertragseinhaltung verklagt** werden können.

Fazit:

Die sich ausweitenden Liberalisierungsbestrebungen der EU-Kommission werden in Zukunft starke Auswirkungen auf unsere demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und die kommunale Selbstversorgung haben. Es ist wichtig immer wieder zu versuchen Einfluss darauf zu nehmen, dass **internationale Verträge möglichst klar, eindeutig, übersichtlich und demokratiefreundlich** sind. **Aus Verträgen die das nicht sind** (wie z.B. die eine Energiewende behindernde Energie-Charta oder das vorläufige CETA) **sollte möglichst bald wieder ausgetreten werden.**

Da wo das nicht möglich ist, kann es hilfreich sein über die Fallstricke informiert zu werden und zu versuchen mit anderen Ländern und Kommunen Vorgehensweisen zu entwickeln, die die Gefahren in manchen Bereichen unter Umständen abmildern können.

Bzgl. der Quellennachweise und bei weiteren Fragen hierzu können Sie sich gerne an mich wenden:
Dipl. Psychologin Annette Friedrichs fraktion@gruene-coppenbruegge.de

Veränderung beginnt hier!

12.9. Kommunalwahl

26.9. Bundestagswahl



**Veränderung
geht nur
gemeinsam!**

Kontakt:

Bündnis 90 / Die Grünen

**Ortsverband Salzhemmendorf-
Coppenbrügge**

Telefon: 0160 257 2214

fraktion@gruene-coppenbruegge.de



**Wählen geht schon bis zu 6 Wochen
vor dem Wahltermin - per Brief und
persönlich im Amt > [gruene.de/briefwahl](https://www.gruene.de/briefwahl)**